

presse

Angela Merkel lässt nicht nur ihre CDU-Frauen im Stich

Anlässlich der aktuellen Äußerung von Frau Bundeskanzlerin Merkel zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Bundeskanzlerin Merkel stellt sich an die Seite der Wirtschaft, nicht aber an die Seite der Frauen-Union, die mit Recht eine gesetzliche Quote fordert. Die Kanzlerin setzt weiterhin auf Freiwilligkeit. Damit gibt die wirtschaftsfreundliche FDP den Ton an und verhindert Fortschritte in der Gleichstellungspolitik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern weiterhin die gesetzliche Quote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände. Denn die vergangenen zehn Jahre mit freiwilliger Vereinbarung haben gezeigt, dass sich ohne gesetzliche Regelungen nichts bewegt.